



Niederschrift

Gremium:	Bau- und Planungsausschuss		
Sitzungsnummer:	BA 16/06	Sitzungsdatum:	29.02.2016
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	22:28 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Henry Stümer - CDU Tornesch Ausschussvorsitzender

Gremienmitglieder

Herr Karlheinz Böhmke - FDP Tornesch Ausschussmitglied (bgl.)

Frau Dr. Susanne Dohrn - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Herr Howe Heitmann - CDU Tornesch Ausschussmitglied

Herr Hans-Jürgen Jeschke - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Herr Horst Lichte - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Vertretung für:
Herrn Artur Rieck

Herr Manfred Mörker - SPD Tornesch Ausschussmitglied

Frau Heide-Marie Plambeck - CDU Tornesch Ausschussmitglied

Verwaltung

Herr Roland Krügel - Bgm. Tornesch Bürgermeister

Frau Marion Grün - Verwaltung Tornesch Amtsleiterin

Herr Hans Krohn - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Frau Sabine Kählert - Verwaltung Tornesch Amtsleiterin Gast

Herr Rainer Lutz - Verwaltung Tornesch Stabstellenleiter
Umwelt/Wirtschaft

Herr Henning Tams - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Frau Angelika Timm - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiterin

Frau Isabelle Ladwig - Verwaltung Tornesch Protokollführerin

Vertretung für:
Frau Evelyn
Tellkamp

Gäste

Herr Arne Rohkohl Wasser- und
Verkehrskontor

Einladung z.K. (n-ö)

Frau Verena Fischer-Neumann - SPD
Tornesch Gast

Entschuldigte Mitglieder

Gremienmitglieder

Herr Artur Rieck - SPD Tornesch Ausschussmitglied entschuldigt

Verwaltung

Frau Evelyn Tellkamp - Verwaltung Tornesch Protokollführerin entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2016	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	Bericht der Verwaltung	VO/15/266
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Verkehrsentwicklungsplan	VO/16/008
8	K22	VO/16/007
9	Vorbereitung einer Resolution der Ratsversammlung der Stadt Tornesch	VO/16/003
10	Weiteres Vorgehen zur Ortskerngestaltung	VO/16/004
11	Planung See und Umfeld des Sees in Tornesch am See	VO/16/002
12	B-Plan 98 "Westlich Kleiner Moorweg, südlich Schäferweg" (Tornesch am See) Aufstellungsbeschluss, Entwurfsberatung, Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	/15/191-1-1
13	B-Plan 88 "Nördlich Lindenweg - südlich Hexenkoppel und Feenstieg" (§ 13 a BauGB) Abwägung zur erneuten Auslegung, Satzungsbeschluss	VO/15/265
Nicht öffentlicher Teil		
14	Bericht der Verwaltung - Bauvorhaben in Esingen	VO/15/272
15	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
16	Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes	VO/16/010
17	Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts	
18	Erteilung des Gemeindlichen Einvernehmens gem. § 36 BauGB	

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte TOP 14 und TOP 15 werden von der Tagesordnung abgesetzt.
Die übrige vorgeschlagene Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
--------------	----------------	----------------

Beratungsverlauf:

Herr Stümer weist einleitend darauf hin, dass ergänzende Tagesordnungspunkte 14 Tage vor der Sitzung in schriftlicher Form bei der Verwaltung und dem Ausschussvorsitzenden einzureichen sind.

Beratungsverlauf:

Herr Quast informiert, dass an der Ecke Pfahlweg seit langer Zeit eine Baugrube aufgrund von Kabelverlegungsarbeiten offen ist, wodurch ein Verkehrsunfall herbeigeführt wurde. Da die Baufirma die Steine nicht ordnungsgerecht verfugt und hergerichtet hat, wurden die Verbundsteine durch den Verkehrsunfall zerstört. Herr Quast stellt nun die Frage, wer für die Herrichtung des Schadens verantwortlich ist.

Dazu antwortet Herr Krügel, dass die Baufirma in der Verantwortung steht und durch die Verwaltung zur Regulierung aufgefordert wird.

Herr Strauch macht auf die Parksituation im Baumschulenweg aufmerksam. Er bemängelt, dass zu wenige Parkplätze vorhanden sind und bittet um eine Lösung dieses Problems.

Herr Krügel weist darauf hin, dass jeder Grundstückseigentümer sein Fahrzeug auf dem eigenem Grundstück unterzubringen hat. Dar nicht alle Anwohner der umliegenden Straßen dies befolgen, entsteht das Parkproblem.

Im Rahmen des B-Planes 82 ist angedacht, 14 Stellplätze zu schaffen, insbesondere für Mütter, die Ihre Kinder in die Kindertagesstätte bringen, wodurch das Parkproblem in der Zukunft gelöst sein sollte.

Herr Strauch stellt dazu die Frage, ob eventuell Parkzonenschilder versetzt werden können, um das Problem kurzfristig zu lösen.

Herr Krügel sagt eine Prüfung der eventuell zu versetzenden Parkzonenschilder zu.

Frau Wehling-Lüchau erkundigt sich nach möglichen Bauprojekten in der Friedrichstraße.

Dazu führen Herr Krügel und Herr Stümer aus, dass derzeit keine Bauanträge vorliegen und ein B-Plan für die Innenstadtssanierung notwendig wäre.

Herr Fromhein merkt zum TOP 7 an, dass für Rollstuhlfahrer bzw. Personen mit Rollator einige „Stolperfallen“ im Stadtgebiet vorhanden sind und stellt die Frage, ob diese in den Verkehrsentwicklungsplan aufgenommen werden können.

Herr Krügel antwortet darauf, dass bei akuten Gefahrenquellen umgehend gehandelt wird. Dazu sollte sich Herr Fromhein an das Bau- und Planungsamt wenden.

Frau Meier berichtet, dass an dem Tennisplatz die Bepflanzung entfernt wurde obwohl es ursprünglich vorgesehen war, diese beizubehalten.

Dazu verweist Herr Krügel auf die Eigenverantwortung des Vereins.

Frau Hüllmann merkt an, dass Kabel Deutschland in der Heimstättenstraße die Leitungen wegen der Untergrundgegebenheiten nicht durchschießen kann und erkundigt sich, ob dort nicht eine Ortsbegehung seitens der Verwaltung stattfinden kann. Dies wird künftig geschehen.

Herr Dr. Fleischer fragt an, wie lange sich die Baumaßnahme in der Norderstraße noch hinziehen wird, da der Straßenzustand als Schulweg nicht mehr zumutbar ist. Herr Stümer verweist dazu auf den Bericht der Verwaltung.

Herr Lorenz merkt an, dass der Baumschulenweg durch Hundekot und Müll stark verschmutzt ist. Es wurden neue Mülleimer aufgestellt, jedoch auf der falschen Straßenseite.

Herr Krügel teilt dazu mit, dass der Standort der Mülleimer noch einmal überprüft wird. Die Straßenreinigung ist Aufgabe der Anlieger.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.02.2016

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 01.02.2016 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen
---------------------	-----------------------	-----------------------

TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beratungsverlauf:

Herr Stümer berichtet über zwei Beschlüsse bezüglich der Erteilung des gemeindlichen Einverständnisses.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Frau Grün ergänzt den vorliegenden Bericht der Verwaltung um die Information zur Norderstraße, dass zur weiteren Abwicklung der Insolvenz gemeinsam mit dem beratenden Ingenieurbüro und der bauausführenden Firma ein für beide Parteien verbindliches Aufmaß der ausgeführten und noch ausstehenden Leistungen angefertigt wird, damit die ausgeführten Leistungen durch den Insolvenzverwalter abgerechnet werden können. Die noch nicht ausgeführten Leistungen können sodann im Wege der Ersatzvornahme ausgeführt werden. Im Wesentlichen stehen noch folgende Arbeiten aus:

1. Vermessung
2. Kanalreinigung – und Inspektion
3. Untersuchung Asphalt
4. Straßenbauarbeiten (Pflasterung)

Die Ersatzvornahme ist bereits soweit vorbereitet, dass unmittelbar nach der rechtlichen Einigung und der Freigabe durch den Rechtsbeistand der Stadt die

Beauftragung erfolgen kann. eine zeitliche Prognose ist heute noch nicht möglich. Es wird eine schriftliche Anliegerinformation erfolgen. Herr Stümer weist daraufhin, dass auch im ersten Bauabschnitt noch erhebliche Mängel bestehen, die einer Nachbesserung bedürfen. Dies wird berücksichtigt.

Als Sachstand zum Umbau der Fahrradgarage teilt Frau Grün mit, dass die Erarbeitung der Planunterlagen bis zur Leistungsphase 4 nach dem Beschlusses vom 01.02.2016 fristgerecht abgeschlossen wurden, so dass die bereits gewährte Förderung für die Planungsleistungen gesichert ist.

Mit diesen Unterlagen wird die Verwaltung nun erneut den Antrag bei der NAH.SH auf GVFG-Mittel stellen, mit der die Investition finanziert werden soll.

Antragsgegenstand wird dabei die umfangreichste Variante werden, so dass anschließend im Rahmen der Ausführungsplanung noch Spielraum besteht.

Rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme wird die Gesamtplanung mit Kostendarstellung erneut im Bau—und Planungsausschuss vorgestellt. Dabei wird auch die in der letzten Sitzung erbetene Vergleichsberechnung Vollglasfassade versus Glasfassade im EG und Lochblechfassade im OG vorgelegt.

Wie gewünscht haben inzwischen Gespräche mit einem Reinigungsunternehmen stattgefunden, das im Bereich Reinigung in Gleisnähe große Erfahrungen hat. Nach Einschätzung der Firma kann die geplante Fassade bis auf das gleisseitige Obergeschoss überall problemlos gereinigt werden. Aufgrund der Nähe zu den Gleisen und der Oberleitung ist eine Reinigung des gleisseitigen Obergeschosses weder maschinell noch manuell ohne aufwändige Sicherungsmaßnahmen möglich (Spannungsschutz, Zugbetrieb). Daher sollte in diesem Bereich auf eine Verglasung verzichtet werden und stattdessen die ursprünglich vorgesehene Lochblechfassade eingebaut werden.

Für eine vierteljährige Reinigung der Glasflächen innen und außen werden bei einer Ausführung in Klarglas (Ausnahme Wc-Kern) Kosten in Höhe von ca. 4.000,-€ brutto jährlich veranschlagt.

Zur Herabsetzung der Geschwindigkeit in der Ahrenloher Straße von Tempo 50 auch Tempo 30 ist inzwischen die erforderliche schalltechnische Untersuchung durchgeführt und dem Kreis zugeleitet worden. Nach dortiger Prüfung wird der Sachbearbeiter mit einem Terminvorschlag für die geplante Gesprächsrunde mit den politischen Vertretern auf die Stadt zukommen.

Für den Umbau des ehemaligen Penny-Marktes zur Flüchtlingsunterkunft und zum Ankauf einer Immobilie für die Flüchtlingsunterbringung hat die Stadt jeweils 30.000,- € Zuschuss erhalten.

Für die Vorlage des Sanierungskonzeptes für die Aufzugsanlage an der Fußgängerbrücke hat die Gegenseite eine Fristverlängerung bis Ende Februar bei Gericht beantragt.

TOP 6 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beratungsverlauf:

Herr Mörker fragt für den Seniorenbeirat an, wie die Verkehrssicherheit für die Schüler der Johannes-Schwennesen-Schule nach der Errichtung des Multifunktionsgehäuses in der Esinger Straße gewährleistet wird? Die Verwaltung wird die Situation überprüfen.

Außerdem stellt er fest, dass auf dem Bauschild der Wohnanlage An der Kirche die Ausweisung von Seniorenwohnungen unterblieben ist. Sofern eine Nutzungsänderung beabsichtigt ist, muss der Stellplatzschlüssel von 0,3 auf 1,0 angepasst werden. Der Verwaltung ist keine Nutzungsänderung bekannt, eine Prüfung wird zugesagt.

Schließlich stellt Herr Mörker noch die Frage, nach der Rechtsgrundlage für den Abriss des Gebäudes Gärtnerweg 55.
Herr Mörker erhält eine schriftliche Antwort.

TOP 7 Verkehrsentwicklungsplan

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt den in der Vorlage gemachten Vorschlägen zur Übernahme der geeigneten Inhalte in den Verkehrsentwicklungsplan mit Änderung zu. Die Änderung umfasst die Punkte 1 und 2 des Antrages der FDP zum Verkehrsentwicklungsplan, diese mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr Rohkohl vom Wasser- und Verkehrskontor stellt die Anregungen aus der öffentlichen Beteiligung, die in den Verkehrsentwicklungsplan mit einfließen sollen anhand einer Präsentation vor (s. Anlage).

Der Bau- und Planungsausschuss kritisiert den bisherigen Beratungsverlauf. Die Information über die Verfahrensschritte in der Entwicklung des Verkehrsentwicklungsplanes ist nur unzureichend erfolgt, wodurch nun Unklarheiten und Missverständnisse aufgetreten sind. Für die Zukunft wünscht sich der Ausschuss, dass auch die Zwischenstände der Planung in den Sitzungen vorgestellt werden. Entsprechende schriftliche Dokumentationen darüber sollten die Information ergänzen.

Da Herr Rohkohl während des Vortrages erwähnt, dass bei der Bevölkerungsentwicklung von einem Rückgang ausgegangen wird, stellt Frau Dorn die Frage, ob das angesichts der Flüchtlingssituation und der zunehmenden Verdichtung und des dadurch bedingten Zuwachses eine realistische Betrachtungsbasis ist. Herr Rohkohl merkt dazu an, dass die Gesamtbevölkerung zu betrachten ist (deutschlandweit) und nicht speziell die der Stadt Tornesch.

Auch zum Thema Verkehrsaufkommen ist deutschlandweit mit einem Rückgang zu rechnen. Dazu merkt Herr Mörker an, dass dies für Tornesch allerdings nicht gilt, hier nimmt der Verkehr zu.

Über die Möglichkeit einer schienengebundenen Buslinie über die vorhandenen Schienentrasse (von Uetersen zum Bahnhof in Tornesch oder alternativ bis zur alten Post) wurde nachgedacht, aufgrund der hohen Kosten jedoch erst einmal zurückgestellt. Die Idee bleibt jedoch grundsätzlich im VEP enthalten.

Die Möglichkeiten weiterer Radverkehrsverbindungen einschließlich Anforderungen an Ausgestaltung und Vorfahrtsberechtigungen werden überprüft.

Der Vorschlag die Kreuzung L 107/L110 durch einen Kreisel zu ersetzen ist nicht realisierbar, da ein Kreisel nicht ausreichend leistungsfähig wäre.

Das Wasser- und Verkehrskontor wird die vorgetragenen Anregungen und Änderungswünsche in den VEP einarbeiten und das Ergebnis während einer Sondersitzung präsentieren.

TOP 8 K22

Beschluss:

(auch als Stellungnahme zum Verfahren Nr. 2-5)

1.)

Der Bauausschuss nimmt die Aussagen zum Fortgang des Planfeststellungsverfahrens zur K 22 zur Kenntnis. Ebenso werden die Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wird die Verwaltung aufgefordert, alles zu unternehmen, was zur Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens wie auch zu einer späteren Baudurchführung beitragen kann. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung von Ausgleichsflächen oder Einzelhabitaten.

2.)

Die Stadt Tornesch fordert den Bau der K 22 zur Entlastung des innerstädtischen Straßennetzes vor allem vom Schwerverkehr so schnell wie möglich.

3.)

Die Stadt Tornesch fordert den zügigen Ausbau auch deshalb, weil der Straßenkörper der K 22 (2. Bauabschnitt) im Prinzip abgängig ist und die vorhandenen Bahnübergänge nicht mehr zeitgemäß sind.

4.)

Ein zweiter höhenfreier Bahnübergang ist außerdem zwingend notwendig, da bei dem gewachsenen Verkehrsaufkommen in Tornesch, Uetersen und Umgebung aus Sicherheitsgründen die Feuerwehr, die Polizei und der Rettungsdienst jederzeit ungehindert die Bahnlinie queren können müssen.

5.)

Die Verwaltung wird gebeten, den Bau- und Planungsausschuss über zugewiesene Flächen und Kosten von Ausgleichsmaßnahmen regelmäßig zu informieren.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Zur Erläuterung der aktuell in der Tagespresse diskutierten Problematik im Planfeststellungsverfahren zur K 22 teilt Herr Krügel mit, dass die Stadt gemeinsam mit Vertretern des Kreises bei der Planfeststellungsbehörde in Kiel war. In dem Verfahren sind Nachbesserungen für Entwicklungen erforderlich geworden, die sich nach Antragstellung ergeben haben. Insbesondere Fragestellungen im Hinblick auf mögliche Fledermaus- und Kiebitzpopulationen müssen aufgegriffen und untersucht werden. Sofern die bereits vorhandenen Erhebungen Aussagen hierüber zulassen, kann diese Problematik schnell geklärt werden. Andernfalls sind Nachuntersuchungen notwendig. Im Ergebnis sind voraussichtlich Rückzugsangebote für die o.g. Arten auszuweisen. Herr Krügel fasst den Verfahrensstand in 4 Punkten zusammen:

1. Die Stadt erwartet vom Kreis, dass dieser die Unterlagen rechtzeitig vervollständigt.
2. Die Verantwortung für die Zeitverzögerung liegt in der abweichenden Prioritätensetzung des Landes, welches die A 20 als vorrangig eingestuft hat. Demzufolge muss der Endzeitpunkt für die Geltung des GVFG über 2019 hinaus – zumindest für die Abrechnung der Maßnahme - verlängert werden. Eine politische Einflussnahme ist notwendig.
3. Die Kosten für die Erstellung der K 22 in Höhe von geschätzten 30 Mio Euro tragen zu jeweils 1/3 der Bund, die Bahn und der Straßenbaulastträger. Somit entfallen auf den Kreis und die Stadt zusammen 10 Mio Euro, für die aus GVFG-Mitteln eine Zuwendung 75% gewährt wird. Für jeweils max. 1,5 Mio Euro Eigenbeteiligung für Kreis und Stadt kann somit der Neubau der K 22 realisiert werden. Für den Fall der Abkehr vom Neubau, muss die Unterhaltung der Straße neu geregelt werden. Die bisher seitens des Kreises zur Verfügung gestellten Unterhaltungsmittel von jährlich ca. 18.000,-€ wären dann nicht mehr auskömmlich.
4. Die Zeitschiene für die Baumaßnahme könnte nach erfolgtem Planfeststellungsbeschluss durch einen Sofortvollzug und eine vorzeitige Besitzeinweisung verkürzt werden, so dass die bereits genehmigte Sperrpause der DB im Jahre 2018 genutzt werden kann. Die nächstmögliche Sperrpause liegt erst im Jahr 20121

TOP 9 Vorbereitung einer Resolution der Ratsversammlung der Stadt Tornesch

Um ein gemeinsames Zeichen der Stadt Tornesch zu setzen, wird die Resolution nach erneuter Beratung in den Fraktionen in der Ratsversammlung am 15.03.2016 beschlossen.

TOP 10 Weiteres Vorgehen zur Ortskerngestaltung

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss wünscht die erneute Teilnahme der AC-Planergruppe zur nächsten Sitzung mit der dazugehörigen Vorstellung der bisherigen Planungsergebnisse.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

TOP 11 Planung See und Umfeld des Sees in Tornesch am See

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 12 B-Plan 98 "Westlich Kleiner Moorweg, südlich Schäferweg" (Tornesch am See) Aufstellungsbeschluss, Entwurfsberatung, Freigabe zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 76 wird aufgehoben.
2. Für das Gebiet westlich des Kleinen Moorwegs in einer Tiefe von ca. 140 bis 180 m und südlich des Schäferwegs in einer Tiefe von bis zu 320 m wird, wie aus dem beiliegenden Lageplan ersichtlich, der B-Plan 98 aufgestellt.
Planungsziel ist das Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bereitstellung von Wohnbauflächen (einschl. in allgemeinen Wohngebieten zulässigen sozialen Einrichtungen (z.B. Kindertagesstätten).
3. Die vorliegende Entwurfsplanung zum B-Plan 98 wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs.1 Satz 2 BauGB).
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs.1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.

6. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll in Form einer Abendveranstaltung durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:		
6 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	3 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr Lichte äußert sich anerkennend über die schnelle Umsetzung des Beschlusses aus dem JSSKB, mit welchem die Verwaltung beauftragt wurde einen Standort für einen weiteren Kindergarten in Tornesch zu finden. Frau Kähler berichtet über die bereits erfolgte Anerkennung des Bedarfes von 3 Elementar- und 2 Krippengruppen, bei Verzicht auf eine Erweiterung, durch den Kreis. Vorausgesetzt die notwendigen Unterlagen können fristgerecht erarbeitet werden, ist eine Förderung des Kindergartens möglich.

Herr Stümer plädiert für die CDU-Fraktion für eine Verschiebung des Aufstellungsbeschlusses bis die Planung des Sees abgeschlossen ist. Dies lehnt die SPD ab. Herr Krügel gibt zu bedenken, dass eine weitergehende Planung zum See als bislang im Moment nicht möglich ist

Die Sitzung wird für die Zeit von 22.05 bis 22.12 Uhr unterbrochen.

Frau Plambeck stellt fest, dass der Beschluss des JSSKB über den beabsichtigten Anbau an den DRK-Kindergarten noch aufgehoben werden muss. Um dem nicht vorzugreifen, unterstützt sie den Wunsch nach Vertagung des Aufstellungsbeschlusses. Frau Fischer-Neumann verweist auf den Zeitdruck und sieht die Beschlusslage des JSSKB unabhängig von der heutigen Beschlussfassung. Herr Krügel ergänzt, dass selbst wenn sich im Bauleitplanverfahren herausstellen sollte, dass der Kindergarten nicht an dem geplanten Standort gebaut werden kann, dort wieder Wohnhäuser aufgenommen werden könnten. Der Zeitverlust, der durch einen vertagten Aufstellungsbeschluss eintreten würde, könnte jedoch nicht aufgefangen werden. Herr Radon befürchtet mögliche Unwägbarkeiten wie beispielsweise die Bodenbeschaffenheit für das Seegrundstück, wenn die Planung für das Gebiet des B-Plans 98 vorweggenommen wird.

Da es jedoch trotz der intensiven Diskussion im Ausschuss keine begründeten Zweifel an der Standorteignung für den See und den Kindergarten gibt, soll der Aufstellungsbeschluss trotz der diffusen Beschlusslage des JSSKB gefasst werden..

TOP 13	B-Plan 88 "Nördlich Lindenweg - südlich Hexenkoppel und Feenstieg" (§ 13 a BauGB) Abwägung zur erneuten Auslegung, Satzungsbeschluss
---------------	---

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:		
0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:		
0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Tornesch, den 01.04.2016

Henry Stümer
Vorsitzende(r)

Frau Isabelle Ladwig
Protokollführer(in)